

Berichte

Internationale Konferenz zur Krise der bürgerlichen Demokratie und Demokratielehren in der Gegenwart

AXEL DOST und RÜDIGER ROSENFELDT,
wiss. Mitarbeiter
am Institut für Theorie des Staates und des Rechts
an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Die Krise der bürgerlichen Demokratie ist seit der Verschärfung ihrer Labilität und Deformation das Thema einer Reihe internationaler wissenschaftlicher Veranstaltungen. Sowohl bürgerliche Ideologen als auch sozialistische Wissenschaftler beschäftigen sich seit mehreren Jahren von gegensätzlichen Positionen aus mit den Krisenprozessen der bürgerlichen Demokratie. Ein Höhepunkt im internationalen Meinungsaustausch zu diesem Themenkreis war im vergangenen Jahr das wissenschaftliche Symposium „Die Krise der bürgerlichen Demokratie und die Verletzung der Menschenrechte in der kapitalistischen Welt“ in Moskau.

In Fortsetzung dieser Diskussion veranstaltete das Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR am 27. und 28. Juni 1977 in Berlin eine internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Die Krise der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Demokratielehren in der Gegenwart“. Ziel der Veranstaltung war es, mit der Analyse und theoretischen Verallgemeinerung des Wesens, der Erscheinungsformen und der Entwicklungstendenzen der Krise der bürgerlichen Demokratie und bürgerlichen Demokratie-theorien einen Beitrag zur Festigung, Vertiefung und schöpferischen Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie auf einem der Hauptfelder des ideologischen Kampfes in der Gegenwart, der Frage der Demokratie, zu leisten. Zugleich ging es um eine theoretische Einschätzung der neuen Merkmale und Erscheinungen der Krise der bürgerlichen Demokratie unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus im 60. Jahr der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, um eine offensive und überzeugende Auseinandersetzung mit der Widerspiegelung dieser Prozesse in den bürgerlichen, rechts- und „links“ opportunistischen Demokratieauffassungen sowie um die Erörterung einiger Fragen, die sich — ausgehend von der prinzipiellen Leninschen Position zur bürgerlichen Demokratie — heute in den entwickelten kapitalistischen Ländern für die Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung im Kampf um die Eroberung der politischen Macht ergeben. ^

In seiner Eröffnungsansprache begrüßte Prof. Dr. W. Weichelt, Direktor des gastgebenden Instituts, aus der Sowjetunion Prof. Dr. W. A. Tumanow, Dr. J. Urias und Dr. P. S. Grazianski (Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften der UdSSR), aus der Volksrepublik Polen Prof. Dr. W. Sokolewicz und Dr. L. Lukaschuk (Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften), aus der CSSR Dr. Z. Masopust (Institut für Staat und Recht der Tschechischen Akademie der Wissenschaften), Dr. V. Urganowa und Dr. M. Marschik (Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPTsch), aus der Ungarischen Volksrepublik Prof. Dr. A. Kiss (Institut für Gesellschaftswissenschaften) und Dr. C. Varga (Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften), aus der Volksrepublik Bulgarien Dr. I. Petkow (Institut für moderne Sozialtheorien der Akade-

mie der Wissenschaften) und aus der Sozialistischen Republik Rumänien Dr. S. Büzatu und Dr. G. Georgiu (Institut für politische Wissenschaften der RKP) sowie Staats- und Rechtswissenschaftler, Philosophen, Wirtschaftswissenschaftler und Historiker der DDR.

Das Hauptreferat der Konferenz hielt Prof. Dr. K.-H. Röder, der einleitend hervorhob, daß der Verfallsprozeß der bürgerlichen Demokratie bereits so weit fortgeschritten ist, daß er auch von bürgerlichen Theoretikern und Politikern nicht mehr ignoriert werden könne; deshalb sei die Suche nach „Auswegen“ aus dieser Krise, d. h. nach Wegen zur Stabilisierung imperialistischer politischer Herrschaft, zum Dreh- und Angelpunkt des gesamten bürgerlichen politischen Denkens der Gegenwart geworden. Ausführlich beschäftigte sich Röder dann mit Wesen und Ursachen- sowie Merkmalen und Erscheinungsformen der Krise der bürgerlichen Demokratie, mit bürgerlichen „Auswegen“ aus dieser Krise sowie mit der Widerspiegelung der Krise in den heute vorherrschenden bürgerlichen Demokratietheorien.¹

Der tragende Gedanke der regen Diskussion, in der 31 Teilnehmer — zum Teil mehrfach — das Wort ergriffen, war, daß die historische, bereits zur Realität gewordene Alternative zur bürgerlichen Demokratie die sozialistische Demokratie ist und daß die Krise der bürgerlichen Demokratie in Konfrontation mit der sozialistischen Demokratie analysiert werden muß. An den verschiedenen Erscheinungen wurden der prinzipielle Gegensatz und die Unvereinbarkeit von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie sowie die Überlegenheit der sozialistischen Demokratie über die bürgerliche Demokratie und die aus dem unterschiedlichen Klassenwesen folgenden entgegengesetzten Entwicklungstendenzen von sozialistischer Demokratie und bürgerlicher Demokratie herausgearbeitet.

Eröffnet wurde die Diskussion von Prof. Dr. W. A. Tumanow, der die antikommunistischen Angriffe auf die sozialistische Demokratie offensiv widerlegte und betonte, daß die Verwirklichung der Menschenrechte nicht das Resultat der bürgerlichen Demokratie ist, sondern von der demokratischen Bewegung der Werktätigen erkämpft wurde und in der sozialistischen Demokratie zum Ausdruck kommt. Er wies ferner nach, daß die im Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR garantierten Grundrechte und -freiheiten weit über den in den Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen gesetzten Rahmen hinausgehen und daß diese Rechte und Freiheiten nach Maßgabe der Erfüllung der Programme für die sozialökonomische und kulturelle Entwicklung noch erweitert werden.²

Mit dem Einfluß der sozialistischen Demokratie auf die Krise der bürgerlichen Demokratie beschäftigte sich auch Prof. Dr. W. Weichelt. Er legte dar, daß eine lediglich systemimmanente Kritik der bürgerlichen Demokratie unzureichend sei. Vielmehr sei von den hohen Maßstäben auszugehen, die der real existierende Sozialismus und die sozialistische Demokratie setzen. Dies sei angesichts der im Sozialismus verwirklichten sozialen und politischen Rechte von großer Bedeutung, da die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern zunehmend ähnliche Rechte fordern, die die bürgerliche Demokratie ihnen nicht gewähren könne. In diesem Zusammenhang wurde erwähnt (Dr. S. Buzatu und Dr. A. Zschiedrich), daß die Aufnahme des Prinzips der Gleichberechtigung der Geschlechter in die Verfassungen mehrerer kapitalistischer Staaten nicht losgelöst von der Ausstrahlungskraft realer Rechte der Bürger in den sozialistischen Ländern gesehen werden dürfe.

Prof. Dr. R. Meister analysierte den Verfall des Begriffs der Volkssouveränität in der bürgerlichen Literatur